

Pressemitteilung vom 23.05.2014



**Kreislandvolkverband
Cloppenburg e.V.**

Löninger Str. 66, 49661 Cloppenburg
04471 / 965-200
info@klv-clp.de
www.klv-clp.de



**Kreislandvolkverband
Oldenburg e.V.**

Sannumer Str. 3, 26197 Huntlosen
04487 / 7501-0
kreislandvolkverband.ol@ewetel.net
www.landvolk.net



**Vereinigung des
Emsländischen Landvolkes e.V.**

An der Feuerwache 12, 49716 Meppen
05931 / 9332-111
hurink@landvolk-meppen.de
www.landvolk-emsland.de

Geplante Abfalldeponie bringt Anrainer auf die Palme

Juristischen Widerstand angekündigt – Anlieger, Landwirte, Bürgerinitiative und Firmen machen mobil

Oldenburg/Döhlen. Massiven Widerstand gegen die fortschreitenden Planungen zur Errichtung einer 15 Hektar großen Abfalldeponie für so genannte Mineralstoffe am Rande der Ortschaft Döhlen (Gemeinde Großenkneten, Landkreis Oldenburg) haben Anlieger, die örtliche Bürgerinitiative „Steinhöhe“, der Kreislandvolkverband Oldenburg und betroffene Anrainer-Firmen angekündigt. In einer gemeinsamen Presseerklärung heißt es, die kooperierenden Anwohner, Verbände und Unternehmen wollten nun juristisch gegen die Pläne privater Investoren vorgehen.

Die Planungen sehen vor, in Nähe zu einem Trinkwasserreservoir an der Krumlander Straße zwischen den Bauernschaften Döhlen und Haschenbrok auf einer ehemaligen Sandabbaufäche mineralische Abfallstoffe für die Endlagerung zu deponieren. Knapp 800 Einwendungen liegen dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg gegen die Deponiepläne vor. Die Landesbehörde in der Zuständigkeit des Niedersächsischen Umweltministeriums ist mit der Umsetzung der Pläne im Planfeststellungsverfahren befasst und hat kürzlich einen Erörterungstermin dazu veranstaltet.

Rainer Beewen (48), Polizeibeamter aus Döhlen und Vorsitzender der Bürgerinitiative „Steinhöhe“ sagt: „Wir müssen davon ausgehen, dass dort extrem asbesthaltige Abfälle und mit hochgiftigem Dioxin belastete Baustoffe und Reststoffe endgelagert werden. Das ist auch mit Rücksicht auf künftige Generationen nicht zu verantworten.“ Die Bürgerinitiative hat die Problematik in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Politikern vor Ort erörtert, darunter Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD).

Beewen ist vom Ausgang dieser Gespräche enttäuscht: „Im Ergebnis hat sich an den Planungen nichts geändert“. Die Bürgerinitiative verweist zudem auf große Ängste in der Bevölkerung. Beewen: „Belastete Stäube werden durch die Luft getragen und können die Gesundheit der hier lebenden Menschen erheblich beeinträchtigen“.

Christian Hinxlage hegt ähnliche Befürchtungen. Der 40-Jährige ist Geschäftsführer eines Legehennenbetriebes, der in nur 500 Metern Entfernung zum Sandabbau Eier in Bodenhaltung produziert. Hinxlage: „Wir haben vor vier Jahren 8,5 Millionen Euro in diesen Standort investiert und müssen jetzt erleben, dass unsere Investition mit Hilfe behördlicher und politischer Planungen in Frage gestellt wird.“ Der Bau der Deponie inmitten einer Region, in der wertvolle Lebensmittel erzeugt würden und Trinkwasser

PRESSEMITTEILUNG

Verantwortlich **Bernhard Suilmann** Redaktion **Heinz-Josef Laing**
Bernhard Wolff **Lambert Hurink**

gefördert werde, sei unverantwortlich. Hinxlage befürchtet Belastungen für Hennen und Eier durch Stäube aus dem Deponiegut. Dazu zählten auch giftige Hochofenschlacken, die unter anderem mit Dioxin belastet seien. Verbunden mit der Endlagerung dieser Stoffe seien zusätzlich negative Auswirkungen auf das Grundwasser zu erwarten, dass außerdem durch Deponie-Sickerwasser belastet werde.

Landwirt Gerd Krumland (50) aus Döhlen sieht große Probleme auf die landwirtschaftlichen Betriebe in der Region zukommen. Äcker und Weiden würden durch die Stäube in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem sei das Areal dann als Trinkwasservorranggebiet wohl kaum noch zu nutzen. „Hier stellt sich die Frage, wie der Grünen Minister Christian Meyer das mit seinem Amt als Verbraucherschutzminister vereinbaren kann.“

Bernhard Wolff, Geschäftsführer des Kreislandvolkverbandes Oldenburg, weist neben der Brisanz für die Landwirtschaft auf Probleme für die rund um den bisherigen Sandabbau installierten Windkraftanlagen hin. Weil die Deponie später bis zu einer Höhe von mindestens elf Metern die umgebende Landschaft überragen wird, habe das Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Windkraftanlagen. Wolff: „Es ist fraglich, ob die Anlagen der örtlichen Betreiber dann noch wirtschaftlich betrieben werden können“. Ein eventuelles Repowering der Windkraftanlagen würde durch die geplante Deponie beeinträchtigt.

Bildtext:

Wehren sich vor Ort gegen Planungen, in der ehemaligen Sandabbaustelle eine Abfalldeponie einzurichten (von links): Rainer Beewen, Christian Hinxlage, Bernhard Wolff und Gerd Krumland.